Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Euro-Krisenstaaten – Exporte sind kräftig gewachsen
2. Arbeitsproduktivität in Deutschland seit 1991 um 22,7 % gestiegen
3. Internationale Arbeitsorganisation fordert Investitionen in Jobs
4. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2012
5. Hoher Krankenstand bei älteren Arbeitnehmern
6. Draw at Doha (Unentschieden in Doha)
7. 1 Prozent und der Rest – der Exitus der amerikanischen Mittelschicht

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Euro-Krisenstaaten – Exporte sind kräftig gewachsen**
   Griechenland, Italien, Portugal und Spanien haben im internationalen Wettbewerb zuletzt Boden gutmachen können. So sind die Handelsbilanzdefizite seit 2008, als in fast allen der heutigen Krisenstaaten ein Höchststand erreicht wurde, zum Teil deutlich geschrumpft…
   Bemerkenswert ist diese positive Entwicklung umso mehr, als sich an der Preis- und Kostensituation der Euro-Krisenländer im vergangenen Jahr meist nur wenig geändert hat. Vor diesem Hintergrund ist zweifelhaft, ob diese Staaten wirklich weitere drastische Lohnsenkungen – manche Ökonomen fordern Kürzungen von bis zu 30 Prozent – vornehmen müssen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.
   Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

   Anmerkung unseres Lesers H.K.: *Pressemitteilungen des Institutes der deutschen Wirtschaft sind manchmal erstaunlich erhellend.*

2. **Arbeitsproduktivität in Deutschland seit 1991 um 22,7 % gestiegen**
   Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen ist in Deutschland zwischen 1991 und 2011 um 22,7 % gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit weiter mitteilt, erhöhte sich die Arbeitsproduktivität je

Erwerbstätigenstunde sogar um 34,8 %. Ursache dafür ist, dass sich in den letzten 20 Jahren die in Deutschland je Erwerbstätigen durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden um 9,0 % verringert haben.
Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität wird als Quotient aus preisbereinigtem Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigen (Arbeitnehmer und Selbstständige) beziehungsweise Erwerbstätigenstunden berechnet.
Die Lohnkosten, die als das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer definiert sind, stiegen zwischen 1991 und 2011 um 47,5 %. Je Arbeitnehmerstunde erhöhten sie sich mit + 63,4 % deutlich stärker, da 2011 im Vergleich zu 1991 durchschnittlich 9,7 % weniger Arbeitsstunden je Arbeitnehmer geleistet wurden. Der Verbraucherpreisindex, der die Inflation in Deutschland misst, stieg zwischen 1991 und 2011 um 45,8 %.
Die Lohnstückkosten, die die Veränderung der Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität darstellen, stiegen von 1991 bis 2011 nach dem Personenkonzept um 20,2 % und nach dem Stundenkonzept um 21,2 %. Den größten Anstieg gab es jeweils in den ersten fünf Jahren nach der Wiedervereinigung: Die Lohnstückkosten erhöhten sich von 1991 bis 1995 nach dem Personenkonzept um 13,5 % und nach dem Stundenkonzept um 14,5 %. Danach blieben die Lohnstückkosten bis 2008 weitgehend stabil, was nicht zuletzt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich stärkte. Als Folge der Stabilisierungsmaßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise stiegen die Lohnstückkosten in Deutschland dann 2009 im Vergleich zum Vorjahr sprunghaft an (Personenkonzept: + 5,5 %; Stundenkonzept + 6,0 %).
Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung WL: *Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde ist also um 34,8% gestiegen, das Arbeitnehmerentgelt abzüglich der Inflation gerade einmal um 1,7%. Das zeigt, dass der ideale Lohnpfad, nämlich Produktivität + Inflation permanent unterschritten wurde.*

3. **Internationale Arbeitsorganisation fordert Investitionen in Jobs**
   Die Internationale Arbeitsorganisation – ILO – hat vor einer Verschlimmerung der Jobkrise durch staatliche Sparprogramme gewarnt. Nur mit gezielten Investitionen seien kurzfristig mehr Arbeitsplätze zu schaffen, heißt es im aktuellen Weltarbeitsbericht, der in Genf veröffentlicht wurde. Knapp fünf Jahre nach Beginn der Weltwirtschaftskrise ist demnach auf dem globalen Arbeitsmarkt noch keine Besserung in Sicht. Ein reiner Sparkurs könnte sogar zu einer neuen Rezession in Europa führen. Außerdem wird vor Unruhen infolge wachsender sozialer Ungleichheit

gewarnt. Die zunehmende Jugend- Arbeitslosigkeit heize vor allem das Klima in Afrika und im Nahen Osten auf, warnen die Experten. Ähnliche Tendenzen seien in Mittel- und Osteuropa zu beobachten.
Quelle: DLF

Anmerkung: *Für Deutschland wird in dem Bericht ein Wachstumsrückgang erwartet. Ursache dafür sei neben der Schuldenkrise vor allem die schwache Entwicklung in den Ländern außerhalb der Euro-Zone. Der Bundesregierung wird empfohlen, die Rahmenbedingungen für Beschäftigungsverhältnisse wie Mini-Jobs oder Leiharbeit zu verbessern. (So die 12-Uhr-Nachrichten im DLF)*

4. **Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2012**
   Europa am Scheideweg – Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat
   Quelle 1: Grafiken [PDF – 1.4 MB]
   Quelle 2: Tabellen [PDF – 540 KB]
   Quelle 3: Kurzfassung des Memorandums 2012 [PDF – 615 KB]

   Anmerkung WL: *Interessante Grafiken und Tabellen.*

5. **Hoher Krankenstand bei älteren Arbeitnehmern: Gestaltung altersgerechter Arbeitsbedingungen dringende Aufgabe**
   - Der Krankenstand in Deutschland ist seit den 1980er Jahren rückläufig und hat in 2007 seinen bisher niedrigsten Wert (3,2 %) erreicht. Seit 2008 steigt der Krankenstand allerdings wieder: Im Jahresdurchschnitt 2011 waren 3,8 % der in den gesetzlichen Krankenkassen pflichtversicherten Arbeitnehmer arbeitsunfähig gemeldet.

   - Eine zentrale Ursache für den Anstieg des Krankenstandes ist die zunehmende Beschäftigung älterer Arbeitnehmer: Obwohl ältere Beschäftigte seltener krank sind als ihre jüngeren KollegInnen, nimmt die Zahl der Fehltage zu, da Ältere im Falle einer Erkrankung in der Regel länger ausfallen als ihre jüngeren KollegInnen: Auf je 100 erwerbstätige AOK-Mitglieder entfielen in 2010 in der Altersgruppe der 20 bis
     24-Jährigen insgesamt 1.500 Arbeitsunfähigkeitstage und auf die Altersgruppe der 60 bis 64-Jährigen 4.400 Arbeitsunfähigkeitstage.

   - Diese Zahlen signalisieren, dass eine große Gruppe der Älteren die heraufgesetzten Altersgrenzen nicht in voller Gesundheit erreicht. Die steigende Lebenserwartung lässt sich nicht gleichsetzen mit einer durchgängig besseren

physischen und psychischen Konstitution älterer Arbeitnehmer.

- Bezogen auf die AU-Tage (Arbeitsunfähigkeitstage) nach Krankheitsarten nimmt bei den älteren Beschäftigen die relative Bedeutung von Muskel- und Herz/Kreislauferkrankungen deutlich zu (rd. 41% der AU-Tage in der Altersgruppe der 60 bis 64-Jährigen) und die von Verletzungen und Atemwegserkrankungen deutlich ab.

- Der Anteil psychischer Erkrankungen als Grund für Krankheitsmeldungen nimmt in den höheren Altersgruppen nicht zu. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, dass die Zugänge in Erwerbsminderungsrenten im Jahr 2010 in fast 40% der Fälle mit psychischen Störungen begründet wurden. Im Jahr 1995 waren dies noch rd. 19%.

- Auch die altersunabhängige Analyse der Entwicklung des Krankenstandes nach Krankheitsarten zeigt eine Zunahme der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen, die auf psychische Erkrankungen zurückzuführen sind. Diese machten in 2010 9,3% der AU-Bescheinigungen der erwerbstätigen AOK-Mitglieder aus, im Jahr 1999 waren dies 5,4%.

In der Diskussion um die Heraufsetzung des Berufsaustritts- und Renteneintrittsalters („Rente mit 67“) bleibt häufig unberücksichtigt, dass trotz der Erhöhung der Lebenserwartung und der allgemeinen Verbesserung des Gesundheitszustandes nach wie vor die Krankheitsanfälligkeit – hier bezogen auf die Arbeitsunfähigkeit – entscheidend vom Lebensalter abhängt.
Quelle: Sozialpolitik-aktuell.de Newsletter Nr. 4/2012 vom 30.04.2012 [PDF – 190 KB]

Anmerkung WL: *In Sozialpolitik aktuell in Deutschland finden sie wieder eine Vielzahl neu eingestellter interessanter Dokumente zur Sozialpolitik.*

6. **Draw at Doha (Unentschieden in Doha)**
At UNCTAD, the Global North, led by the United States and Switzerland, tried to forbid this multilateral agency from its investigations of finance’s domination over social life. Still beholden to the 192 members of the United Nations, UNCTAD is not under the thumb of the Global North. It has therefore been critical of parts of the financial architecture. It criticizes not only the ideology of neo-liberalism but also the institutions that benefit the kind of jobless growth that sustains the otherwise hollowed out economies of the North Atlantic.

At the Doha meeting, UNCTAD released a report (Trade and Development Report, 1981-2011) that illustrated the excellent work done by this UN agency over the past three decades. The Global North argued that UNCTAD could deal with finance, but only the effects of the financial crisis in the "emerging and developing nations". What it was not to do was to explore the causes of the crisis, which would take it into an investigation of the banking sector and the role of monetary policy of the Northern states. This was unacceptable…
"The combined pressure of an outraged civil society, a reinvigorated G-77, and skilled BRICS negotiating support, delivered an outcome that mandates the continuance of UNCTAD's excellent research on macroeconomic policy and the global financial and economic crises. Not only did rich country overreach contribute to this outcome, it also helped increase public awareness of the value of UNCTAD's analytical contributions, as they challenge the status quo in economic orthodoxy."…
At one session, the US delegate said, "We don't want UNCTAD engaging in intellectual competition" with the IMF and World Bank. Such arrogance was not taken lightly… UNCTAD XIII's Doha Mandate underlined the agency's ability to "continue, as a contribution to the work of the UN, research and analysis on the prospects of, and impact on, developing countries in matters of trade and development, in light of the global economic and financial crisis" (paragraph 17, d). Such a mild formulation was precisely what the North had wanted to prevent.
Quelle: Asia Times

7. **1 Prozent und der Rest – der Exitus der amerikanischen Mittelschicht**
Der Umfang und die Tiefe der heutigen Stratifikation lassen die Auswüchse des Kapitals während dem Gilded Age und den Roaring Twenties wie unbeabsichtigte Verfehlungen eines sich noch in der Orientierungsphase befindlichen Wirtschaftssystems aussehen. Aufgekündigt wurde das nach dem Zweiten Weltkrieg vereinbarte gentlemen agreement, auf alle Wirtschaftskrisen mit deutlichen Einstellungs- und Einkommensschüben zu antworten. Als Richtschnur galt, etwa 50 Prozent der Produktivitätssteigerungen an die Arbeiter und Angestellten als Löhne weiterzugeben. Einer Gallup-Umfrage zufolge verbuchten die 1 Prozent Reichen nach der überstandenen Rezession zu Beginn der 90er Jahre zunächst 42 Prozent aller Einkommenszuwächse auf sich; nach der IT-Rezession zehn Jahre später waren es bereits 65 Prozent. Dieser Anteil wurde 2010 noch einmal gewaltig aufgestockt: Knapp zwei Jahre nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise stellte das renommierte Wall Street Journal eine Produktivitätssteigerung von 5,2 Prozent fest, bei einem Lohnzuwachs von lediglich 0,3 Prozent. Das bedeutet, dass die 1 Prozent atemberaubende 93 Prozent aller Einkommenszuwächse für sich beanspruchten, während sich der Rest mit den übriggeliebenen 7 Prozent zufrieden geben musste.

Diese Verschiebungen innerhalb von nur 20 Jahren kommen einem gesellschaftspolitischen Tsunami gleich…
Eine immer stärker auseinanderklaffende Bildungs- und Einkommensschere stellt nicht nur die wirtschaftliche Existenz besonders der Mittelschicht zur Disposition, sie stellt ebenso eine der Grundfesten des Selbstverständnisses der Amerikaner schlechthin infrage: der Zuversicht, dass es ungeachtet zyklischer Aufs aund Abs den nachfolgenden Generationen wie bisher auch letztlich besser gehen wird als der jetzigen – und dass der American dream damit fortlebt.
Im Amerika des Jahres 2012 geht die Angst um. Und diese Angst ist mehr als nur die Befindlichkeit von Individuen. Es ist eine kollektive Angst, die sich in allen Bevölkerungsschichten breitmacht. Diese Angst legt die Bruchstellen der amerikanischen Gesellschaft offen.
Quelle: Gegenblende